



Karl-Marx-Jahr 2018

- Die Marxistische Philosophie, Teil 3 *Seite 13*
- Schachspieler Marx *S. 16*
- Brauchen wir einen neuen Marx? *Seite 16*



DIE LINKE in Oder-Spree

- Einstimmung auf die Kommunalwahlen 2019 *Seite 6*
- Klimawandel auch kommunal begreifen *Seite 9*



LINKE Landespolitik

- Wachstum auf's Land tragen *Seite 5*
- DIE LINKE Brandenburg mit Blick nach vorn *Seite 11*



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,**

in der Alten- und Krankenpflege herrscht seit vielen Jahren Notstand, vor allem fehlt es an ausreichend Personal. Gesundheit und Menschenwürde bleiben auf der Strecke, viele Pflegekräfte werden durch die Überlastung selbst krank.

Jahrelang hat die Bundesregierung die Augen verschlossen. Pflegekräfte, Gewerkschaften und DIE LINKE machen Druck. Die Streiks und Proteste haben dazu geführt, dass die Regierung im Koalitionsvertrag zugestimmt hat, dass es Probleme gibt. Es ist die Rede von einem

Personalschlüssel für die Pflege.

Aber das reicht nicht: Es bleibt offen, wie viele Stellen geschaffen werden und wer die Kosten trägt. Wo Zahlen genannt werden, sind sie viel zu niedrig: 8000 zusätzliche Pflegekräfte in der Altenpflege bedeuten 0,6 Stellen pro Pflegeeinrichtung. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein! Jetzt gilt es, **Druck auszuüben auf Kanzlerin Merkel und Gesundheitsminister Spahn**, um den Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen endlich zu stoppen.

Für DIE LINKE ist klar: Wir lassen nicht locker, wir kämpfen weiter für gute Pflege und eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt

und Land. Unterstützen Sie unsere **Kampagne „Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen“**, damit wir gemeinsam mehr erreichen:

- **100 000 Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger mehr:**
Um den lebensbedrohlichen Pflegenotstand zu stoppen, braucht es 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern.
- **Gesetzlicher Personalschlüssel:**
Es braucht eine verbindliche Regelung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
- **Ärztemangel und Krankenhausschließungen stoppen:**

Mehr Ärzte, Gesundheitszentren und Hebammen sollen kürzere Wege und kürzere Wartezeiten schaffen. Krankenhäuser müssen nicht Profit machen, sie müssen die Bevölkerung versorgen.

■ 40 000 Altenpflegerinnen und Altenpfleger mehr:

Für 40 000 zusätzliche Fachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen und einen verbindlichen Personalschlüssel, der für jede Schicht mehrheitlich Fachkräfte vorsieht.

■ Kein Lohn unter 14,50 Euro in der Altenpflege:

Wir fordern einen Mindestlohn von 14,50 Euro für die Altenpflege und höhere Löhne durch einen Tarifvertrag, der flächendeckend für alle Pflegekräfte gilt!

Wir laden Sie ein, mit uns aktiv zu werden. Besuchen Sie unsere Veranstaltungen vor Ort, vernetzen Sie sich und diskutieren Sie mit anderen Pflegekräften, machen Sie bei Aktionen mit oder verteilen Sie Material zur Pflegekampagne.

Machen Sie mit bei unserer Kampagne „Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!“

Sie finden uns vor Ort:

DIE LINKE Oder-Spree
Mühlenstraße 15
15517 Fürstenwalde

und im Internet:

www.pflegenotstand-stoppen.de

Noch Fragen? Schreiben Sie uns an kontakt@pflegenotstand-stoppen.de oder rufen Sie uns an: (030) 24 00 99 99.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

Ein Tag im Mai für den Landkreis Oder-Spree

Gedanken zur Einweihung neuer Zentren des Landkreises in Fürstenwalde

Der 5. Mai 2018 war ein schöner Tag. In der Lise-Meitner-Straße in Fürstenwalde wurde mit der Übergabe des Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Technischen Zentrums (FKTZ) des Landkreises und des Archiv, Lese- und Medienzentrums (ALM) eine Millioneninvestition vollendet.

Sowohl für die Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises als auch für den Katastrophenschutz und das Kreisarchiv sind hier moderne Anlagen entstanden.

ren 2015/2016 in großer Zahl nach Deutschland geflüchtet hatten.

Menschen, die höchster Gefahr für Leib und Leben entkommen waren, wurden in riesigen Fabrikhallen untergebracht, weil der Landkreis wegen der großen Zahl und der kurzen Zeit zunächst keine anderen Möglichkeiten sah.

Gerade die damit verbundenen Probleme haben seitdem große Aufmerksamkeit der Kreistagsfraktion gefunden. Mehrere Initiativen galten schon im Sommer und im Herbst 2015 der Unterbringung der betroffenen Menschen in Wohnungen.

Dieses Problem beschäftigte uns auch im Februar 2018, als wir die zuständige Amtsleiterin zu uns in die Fraktion eingeladen hatten. Noch immer ist es ein zentrales Problem, dass selbst für die anerkannten Asylbewerber kaum bezahlbare Wohnungen zur Ver-

fügung stehen. Als Lösung – die eigentlich keine ist – bleibt dann der Verbleib in den Unterkünften für Asylbewerber. Das belastet natürlich die für Nachkommende verfügbaren Plätze.

Aber die Fertigstellung der Investition des Landkreises an der Lise-Meitner-Straße hängt noch auf eine viel bitterere Weise mit der Unterbringung geflüchteter Menschen zusammen. Denn die Odersun-Hallen konnten nur geräumt werden, weil dem Landkreis weniger Menschen zur Aufnahme zugewiesen wurden. Wer wiederum nach dem Grund für diese Entwicklung fragt, der kann die Schreie der Ertrinkenden aus dem Mittelmeer hören. Hinter diesen Zahlen steht der Deal der Frau Merkel mit dem Herrn Erdogan. Das ist der Preis für die viel zitierte „Atempause“, nach der so manche führen-



Foto: Dr. Artur Pech

5. Mai 2018 – Eröffnung der Zentren in Fürstenwalde

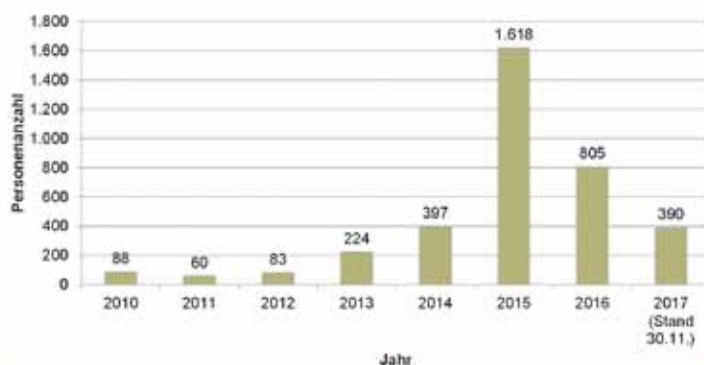
Den Gästen der Einweihung konnten beeindruckende Leistungen vorgestellt werden. Für mich verbunden sich an diesem Tage – zugleich der 200. Geburtstag von Karl Marx – Eindrücke sehr unterschiedlicher Art. Neben der Genugtuung über eine spürbare Verbesserung der Bedingungen für die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und das Kreisarchiv stehen weniger erfreuliche Erinnerungen.

Der Landkreis hatte die Gebäude für seine Zwecke aus der Konkursmasse von Odersun erworben. Damit stand am Anfang der Nutzung dieses Neubaus eine herbe Enttäuschung für viele Menschen, die sich dort mit einem Arbeitsplatz Lohn und Brot versprochen hatten.

Und die Festredner am 5. Mai machten auf eine weitere bedrückende „Zwischennutzung“ aufmerksam: Nachdem der Landkreis diese Immobilie übernommen hatte, wurde er zunächst mit der Notwendigkeit konfrontiert, Menschen aufzunehmen, die sich in den Jah-

Zuweisungen in den Landkreis Oder-Spree

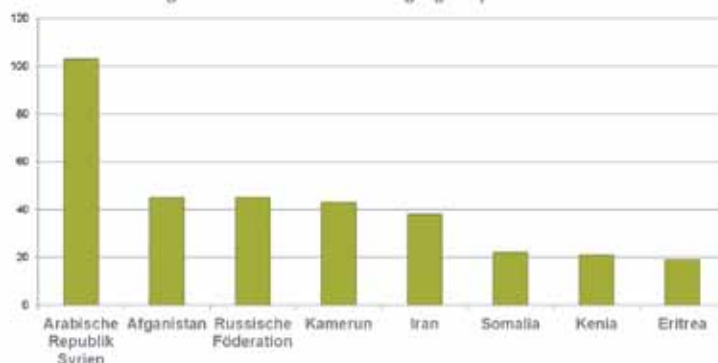
Entwicklungen seit 2010 bis Stand 30.11.2017 (ohne UMA)



Landkreis Oder-Spree

Zuweisungen in den Landkreis Oder-Spree (Stand 31.10.2017)

Häufigste Herkunftsstaaten Neuzugänge Asylbewerber 2017



Landkreis Oder-Spree

Grafiken: LOS, Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

de Bundes- und Landespolitiker in der Bundesrepublik Deutschland riefen.

Ich kann mich jedenfalls auch als Vorsitzender einer Kreistagsfraktion nicht über die mit dem Tode vieler Geflüchteter erkaufte Entlastung der Kommunen freuen.

Zugleich gilt: Wer die Forderung nach offenen Grenzen aufmacht, der kann nicht auf der abstrakten Ebene stehen bleiben. Vielmehr sind ganz konkrete Schritte zu bestimmen, damit eine solche Politik nicht wieder in ein vorhersehbares Desaster führt.

Es ist nicht ausreichend, sich in der Forderung nach offenen Grenzen einzurichten, ohne die Frage zu beantworten: Was ist gemeint? Wie soll es erreicht werden?

Da muss DIE LINKE nicht über abstruse Obergrenzen diskutieren, sondern darstellen, welche Kapazitäten sie in der Bundesrepublik Deutschland für die Aufnahme von Menschen vorhalten will und wer das bezahlen soll. Wie viele Wohnungen? Wie viele Arbeitsplätze? Wie lassen sich Massenterkünfte vermeiden? Was ist unter den Bedingungen des realen Kapitalismus möglich, um zu verhindern, dass Migrantinnen und Migranten als Druckmittel gegen soziale Forderungen Einheimischer

missbraucht werden? Davon wird doch bestimmt, wie viele Menschen ohne politische und soziale Verwerfungen im Lande aufgenommen werden können, wie offen also Grenzen sein können. Da ist Voluntarismus gefährlich.

So unangenehm die Fakten auch sein mögen, so verheerend ist es, sie aus der Diskussion auszublenden. Zu einer soliden Diskussion gehört es zur Kenntnis zu nehmen, dass das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2017 bei rund 50 000 \$ lag. In Eritrea (von da kamen 2017 knapp 20 Personen in den Landkreis) waren es rund 1 500 \$. Bei allem was politisch noch hinzu kommt: Das ist die entscheidende Triebkraft der Migration. Die Unterschiede sind wesentlich durch koloniale und nicht endende neokoloniale Ausplünderung entstanden.

Auch die Behauptung, zwischen den Staaten innerhalb der Europäischen Union würden sich die materiellen Lebensverhältnisse annähern, kommt aus dem Reich der Legenden. So hat sich zum Beispiel von 2006 bis 2017 der Vorsprung des deutschen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf gegenüber dem polnischen um 5 100 € auf 27 400 € vergrößert. Solche Veränderungen

können nicht ohne Wirkung auf die grenzüberschreitende Migration bleiben. Und wer denn schon Migrations- („Einwanderungs“-) Politik machen will, der möge verstehen: Diese Diskrepanzen sind durch Migrationspolitik nicht zu beheben. Sie nicht zu berücksichtigen wird jedoch gewaltigen Schaden anrichten.

Zur Zeit ist es doch so, dass die Entlastung gerade der Kommunen, die Räumung der zur Unterbringung Geflüchteter genutzten Turnhallen und Vieles mehr ganz wesentlich Folge des Deals mit der Türkei und der rasant gewachsenen Zahl der Toten im Mittelmeer ist. Auch ein Teil der aktuellen Diskussionen um „offene Grenzen“ kann überhaupt nur im Windschatten dieser Entwicklung geführt werden. Dagegen anzutreten verlangt eine Politik, mit der die Annäherung an offene Grenzen weder kurz- noch langfristig zu Kontrollverlusten und zur Verschärfung von Konflikten im Lande führen.

Im Kampf gegen imperiale „Freihandelsabkommen“ (in denen ja die Schutzwirkungen von Staatsgrenzen verteidigt werden) hat DIE LINKE das verstanden. In der Frage der „offenen Grenzen“ für Personen wird um das Verständnis noch gerungen.

IN ANDEREN LINKEN MEDIEN GELESEN

Stachel im Leib des Kapitalismus

Linke Einwanderungspolitikern schenken sich nichts – von Uwe Kalbe

Die Debatte der LINKEN über Flucht und Migration scheint einem Problem zu gelten, das gesellschaftlich bereits entschieden ist. Doch berührt die Debatte durchaus Fragen ihrer strategischen Ausrichtung.

Mit zwei Grundsatzpapieren erhält die Migrationsdebatte der Linkspartei neue Nahrung. Beide richten sich gegen das „Thesenpapier zu einer human und sozial regulierenden Einwanderungspolitik“, in dem Bundestagsabgeordnete und andere Mitglieder der Linkspartei ein Recht des Staates verteidigt hatten, Einwanderung zu regulieren. Die Unterzeichner, die vornehmlich dem gewerkschaftsnahen Flügel der „Sozialistischen Linken“ zugerechnet werden, hatten sich damit in der parteiinternen Auseinandersetzung auf die Seite Sahra Wagenknechts gestellt, ohne ihren Namen zu erwähnen.

Ihnen hallte seither viel Widerspruch und nicht zuletzt der Vorwurf entgegen, mit der Aufkündigung des im Parteiprogramm enthaltenen Prinzips der offenen Grenzen linke Positionen zu ver-

lassen. Auch die „kritische Republik“, mit der sich nun eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten und flüchtlingspolitisch engagierten Mitgliedern um die Innenpolitikerin Ulla Jelpke scharen, enthält diesen Vorwurf. Es handele sich dabei um einen weiteren Schritt zur „Verabschiedung von einer internationalistischen, solidarischen linken Perspektive“. Schon die Unterscheidung zwischen Flucht und Migration nennen die Autoren künstlich. Denn: „Wer definiert denn, was ›legitime‹ Gründe sind, das eigene Land zu verlassen? Und wer gibt den industrialisierten Ländern das Recht, sich abzuschotten vor dem ›Elend‹ dieser Welt, d.h. vor den Menschen, die vor den Verheerungen des globalisierten Kapitalismus in ihren Ländern fliehen – unabhängig davon, ob sie die hohen Anforderungen

der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen oder nicht?“ Nicht offene Grenzen seien neoliberal, sondern die Abschottung der reichen Staaten „Vorbereitung für eine ungerechte Weltordnung“. Nicht nationaler Burgfriede sei das Mittel dagegen, sondern proletarischer Internationalismus.

Die hiermit aufgeworfene Grundfrage ist die nach dem Rahmen, in dem die Partei zu wirken hat – national und/oder zuerst international. Jelpke und ihre Mitstreiter, darunter die Abgeordneten Gökay Akbulut, Niema Movassat und Martina Renner, sprechen von einer „Vision der Überwindung der herrschenden Verhältnisse“, die sie im Papier der „Sozialisten“ vermissen. Diesen Kampf verorten sie in der Migration selbst, die „Ausdruck eines Kampfes der Subalternen der Welt“

sei. Die „Subalternen“ sollen nach Lesart der Verfasser die „herrschende Unrechtsordnung herausfordern und dadurch auch hierzulande Kräfte für gemeinsame, emanzipatorische Kämpfe freisetzen“. Auch das Argument der Abwerbung von Fachkräften (Brain Drain) sei kein Grund, Migration abzulehnen. Linke Politik könne sich nicht die Sicht der Nationalstaaten und ihrer Steuerungsinteressen zu eigen machen; Menschen müssten selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ein- oder auswandern wollen. „Wir kämpfen für die Menschenrechte aller und nicht für die exklusiven Rechte bestimmter Staatsangehöriger.“ Die aktuellen Migrationsbewegungen begreifen die Autoren als „einen Stachel im Leib des Kapitalismus“.

Aufgerufen sind hier grundsätzliche Differenzen in der LINKEN

sowohl zur Rolle des Nationalstaats wie auch zu den Folgen von Migration für die Herkunftsländer. Aber auch auf Ziele und Grenzen von Verteilungspolitik erstrecken sich die unterschiedlichen Sichten.

Dies zeigt sich vor allem in der Argumentation der zweiten Stellungnahme, in der sich linke Gewerkschafter – mit und ohne Parteibuch der LINKEN – mit dem „Thesepapier“ auseinandersetzen. Sie widersprechen dem Standpunkt, dass eine Politik offener Grenzen der „breiten Bevölkerung, insbesondere den abhängig Beschäftigten und den weniger privilegierten Teilen der Gesellschaft“ nicht vermittelbar sei, wie ihn die Autoren des Thesepapiers vertreten. Der größte Sozialabbau in Deutschland sei erfolgt, als die Migrationszahlen einen „absoluten Tiefpunkt“ erreicht hätten. Die Autoren verweigerten sich der politischen Einsicht, so der Vorwurf,

„dass die Frage, wie viel verteilt werden kann, eine Frage danach ist, ob eine Umverteilung gesellschaftlicher Reichtümer durchgesetzt werden kann. Eine zentrale Frage linker Politik.“ Und dem Satz aus dem Thesepapier, man könne angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse nicht „unbegrenzt finanzielle Mittel mobilisieren“, wird eine demagogische Absicht unterstellt, was schon das Wörtchen „unbegrenzt“ markiere. „Eine politische Linke, die den aktuellen Verteilungsspielraum als gegeben voraussetzt, kann in keinem Feld mehr solidarische Perspektiven formulieren. Das aber ist ihre Aufgabe im politischen Raum.“

Wie die Kritiker um Jelpke widersprechen die linken Gewerkschafter der These, dass Wähler der AfD von der LINKEN zurückgeholt werden könnten, wenn diese sich rechtspopulistische Positi-

onen zu eigen macht – auch wenn die Autoren des Thesepapiers dies nicht behaupten. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, so zeige es die kritische Sozialforschung, habe sich vor allem im Zuge der „Entsicherung der Lebensverhältnisse“ entwickelt. Wie die Gruppe um Jelpke sprechen sich die Gewerkschafter für eine offensive Position aus, für ein universelles Bleiberecht nämlich. Und auch sie sehen die zentrale Aufgabe darin, „die noch immer aktiven Initiativen der Geflüchtetenunterstützung zusammen mit Kämpfen um Wohnraum, sichere Arbeitsverhältnisse und ein solidarisch finanziertes Sozialwesen als politisch wirksame Bewegung zu organisieren und mit der Verteilungs- und Eigentumsfrage zu verknüpfen.“

Einen neuen Beitrag zur Debatte lieferte am Donnerstag erneut Oskar Lafontaine. In einem „Spiegel“-Interview wiederhol-

te er das kritisierte Argument, es stünden keine unbegrenzten Mittel zur Verfügung. Statt 150 Milliarden Euro für jene zehn Prozent der Flüchtlinge auszugeben, die die Industrieländer erreichen, sollten die Mittel für Flüchtlinge in den Lagern ausgegeben werden, die oft weniger als einen Dollar am Tag haben. Er halte es mit Bernie Sanders, so der Fraktionschef der saarländischen LINKEN: „Die Arbeitsmigration hilft weder den Schwächsten in den Herkunftsländern noch den Schwächsten in den Aufnahmeländern. Denen zu helfen ist aber Aufgabe linker Politik.“

Die besprochenen Papiere sind im Internet zu finden unter: „dasND.de/linkemigration“.

Quelle:
neues deutschland, 18. 5. 2018

LINKE Migrationsdebatte – was heißt hier Solidarität?

Von Alexander King, Bezirksvorsitzender DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

In der Debatte um eine linke Einwanderungspolitik werden schwere Geschütze aufgeföhren. Den Befürwortern einer Regulierung von Einwanderung wird der Abschied von Internationalismus und Solidarität vorgeworfen. Dabei ist ihr Anliegen richtig: Sie wollen die Debatte in die reale Welt von Lohnarbeit und Globalisierung zurückholen.

Dass Einwanderung unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen zu Lohndumping missbraucht werden kann, ist schließlich nicht von der Hand zu weisen. Ein aktuelles Beispiel: In Deutschland herrscht „Pflegenotstand“. Es fehlen Zehntausende Pflegerinnen und Pfleger. Weil die Löhne und Arbeitsbedingungen miserabel sind, mögen nur Wenige diesen Beruf ergreifen. DIE LINKE will deshalb die Arbeitsbedingungen verbessern und fordert höhere Löhne. Gesundheitsminister Spahn hat eine andere Idee: Er schlägt vor, die leeren Stellen mit Personal aus dem Ausland zu besetzen. Auf diese Weise können Löhne und Arbeitsbedingungen bleiben wie sie sind. Die Krankenhaus- und Pflegekonzerne freut's.

Andere Industrieländer, etwa Großbritannien, haben damit einschlägige Erfahrung. Sie rekrutieren bereits seit vielen Jahren einen großen Teil ihres medizinischen Personals (Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal) im Ausland, bevorzugt in den Ländern des Sü-

dens. Während Entwicklungshelfer dort die medizinische Versorgung mehr schlecht als recht am Laufen halten.

Von diesem Irrsinn profitieren die Konzerne in Europa – auch in anderen Branchen. Nicht umsonst fordern „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (ISM) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) den massiven Zuzug von Arbeitskräften nach Deutschland. Und die Bundesbank stellt zufrieden fest, dass der Nettozuzug in die EU von 1,8 Millionen Menschen während der letzten Jahre als Lohnbremse in den unteren Einkommensgruppen wirkt. Die Verlierer sind die Arbeitnehmer hier und die Herkunftsgesellschaften im Süden, die durch die Abwanderung arbeitsfähiger, oft schon ausgebildeter junger Menschen geschwächt werden, während die Arbeitgeber im Norden die Ausbildungskosten einsparen. Man nennt das Brain-drain.

Wer das für internationale Solidarität hält, sollte die betroffenen Länder aufsuchen und sich erkundigen. Ich habe mich viele Male mit Menschenrechtsaktivist/innen und Gewerkschafter/innen getroffen: in Honduras, Haiti, auf Weltsozialforen, habe mit afrikanischen sozialen Bewegungen gegen die EU-Handelspolitik demonstriert. Die Forderung nach offenen Grenzen in Europa (oder den USA) hat dabei selten eine Rolle gespielt. Die

kenne ich vor allem aus der deutschen Linken – eine unverwechselbar deutsche Nabelschau.

Die kubanischen Genoss/innen wären sicher nie auf die Idee gekommen, offene Grenzen und Bleiberecht für ihre Landsleute in den USA für einen Ausdruck internationaler Solidarität zu halten. Natürlich waren die offenen US-Grenzen nie solidarisch gemeint, sondern zielten auf politische Destabilisierung – und auf Brain-drain. Da wir über Kuba reden: Kuba bildet Ärzte und anderes medizinisches Personal aus aller Welt aus: zum Einsatz in deren Heimatländern. Das ist ein sinnvoller Ansatz. Deutschland könnte mehr für die Ausbildung von Fachkräften in Ländern des Südens tun.

Aber das ist nicht alles: Ich habe einige Forschungsaufenthalte in Haiti absolviert. Das Gesundheitssystem dort wäre ohne die Hilfe aus Kuba (und dem Einsatz zahlreicher internationaler Entwicklungsorganisationen) schlicht nicht lebensfähig. Umso erstaunlicher, dass Haiti zu den größten Exporteuren von Pflegekräften in Richtung Norden gehört. Offene Grenzen für alle? Ein globales Recht auf freie Niederlassung gibt es nicht, wohl aber ein bei den Vereinten Nationen verankertes Menschenrecht auf Gesundheit.

Keine andere linke Partei und keiner der linken Hoffnungsträger unserer Gegenwart erhebt die

Forderung nach offenen Grenzen: weder Corbyn noch Sanders. Und auch keine Partei der Europäischen Linken.

Wir müssen unterscheiden zwischen politischer Verfolgung, Flucht und Arbeitsmigration – in vollem Bewusstsein der fließenden Übergänge dazwischen. Von unseren Forderungen zu Flucht und Asyl haben wir nichts zurückzunehmen. Im Gegenteil: „Offene Grenzen“ für alle Menschen in Not müssen ergänzt werden um Hilfsangebote für diejenigen, die es nicht bis zu unseren Grenzen schaffen (Aufnahme von Kontingentflüchtlingsen, mehr Unterstützung für UNHCR, Welternährungsprogramm etc.).

Übrigens: Solidarität kann man nur selber ausüben. Solidarität, die man Anderen (z.B. Reinigungskräften, Bauarbeitern, Wachschutzangestellten, Paketboten und anderen Geringverdienern) gegenüber Dritten abverlangt, während man sich selbst in sicherer Distanz (Bundestag, Parteiapparate, Zeitungsredaktionen, Uni etc.) aufhält, ist keine.

Quelle:
[www.die-linke.de/disput/debatte/debatte-im-disput-einwanderungsgesetz/news-default-detailseite/news/linke-migrationsdebatte-was-heisst-hier-solidaritaet/\(eingestellt am 22. 5. 2018\)](http://www.die-linke.de/disput/debatte/debatte-im-disput-einwanderungsgesetz/news-default-detailseite/news/linke-migrationsdebatte-was-heisst-hier-solidaritaet/(eingestellt%20am%2022.5.2018))

Wachstum auf's Land tragen

Gezielte Anbindung des ländlichen Raumes schafft Ausgleich für die Gesamtregion

Zwei exemplarisch zugespitzte Beispiele verdeutlichen, wie unterschiedlich die Lebensqualität unserer Bürger im Land Brandenburg sein kann.



Drahtesel so weit das Auge reicht: Mit S-Bahn und Regional-Express ist der Speckgürtel gut an Berlin angebunden. Aber wer sie nutzen will, ist oft auf Fahrrad und PKW angewiesen, weil der Bus zu selten fährt.

Im Dorf XY – z.B. Gemeinde Spreenhagen, OT Hartmannsdorf ist man von Wäldern, Feldern, Wiesen und Gewässern umgeben, genießt die Ruhe und frische Luft. Busse fahren, wenn sie überhaupt in erreichbarer Zeit fahren, so dass man zu früh oder zu spät am Ziel ankommt. Sonst ist man auf seinen eigenen PKW angewiesen, leistet sich ein Taxi oder ein Pferd. Der örtliche „Konsum“ und das „Kulturzentrum“ sind schon lange abgewickelt; den Gasthof gibt es noch. Sonstige Geschäfte: Fehlanzeige. Selbst landwirtschaftliche

Produkte gibt es nicht mehr, von entsprechender oder anderer örtlicher Arbeit gar nicht zu sprechen. Arzt und Krankenhaus sind Kilometer entfernt. Schulen und Kitas

werden nicht gebraucht, denn es wohnen hier nur noch die zurückgelassenen älteren Menschen. Kinder und Enkel sind weggezogen. Auf die Idee eines Altenheims ist noch kein Investor gekommen.

Die Stadt XY – z.B. Erkner ...

... ist von Wäldern, Wiesen

und Seen umgeben. Die Idylle stören indes im Sommer laute Motorboote. Das unbekümmerte Baden am Strand wird so häufig unterbrochen. Für den Bahnhof sind häufige, regelmäßige Zugverbindungen ausgewiesen. Das gesamte Bahnhofsumfeld ist dafür mit Autos und Fahrrädern zugestellt. Die Schadstoff- und Lärmbelastung wird von Jahr zu Jahr schlimmer. Kitas und Schulen platzen aus den Nähten. Nicht nur in den Stoßzeiten des Pendlerverkehrs stehen Busse, Lastwagen und Pkw sich auf der Hauptstraße die Reifen platt; auf den Gehwegen stört der endlose Strom der Radfahrer die Fußgänger und umgekehrt. Alle paar Kilometer gibt es Tankstellen, Geschäfte oder Dienstleistungsanbieter. Einfamilienhäuser protzen oder ducken sich, je nach sozialem Stand ihrer Bewohner, neben den komplexen sozialen Wohnungsbau. Weder hier noch dort gibt es leeren, vermietbaren Wohnraum. Die Arztpraxen für jung und alt, Allgemein-, Kinder- und noch mehr die Fachpraxen sind überfüllt. Kleinstädtische aber nicht weniger stolze Museen, Kultur- und Sportzentrum ziehen Gäste aus der Region an.

Leben außerhalb des Speckgürtels nur für Reiche und Abgehängte?

So unterschiedlich die zwei Lebenswelten auch sind, sie haben gleichermaßen Vorzüge und Nachteile. Fakt ist: Die Situation des berlinnahen Raums spitzt sich in Richtung Unerträglichkeit zu. Auf dem Land das genaue Gegenteil: Reichenresort oder Friedhofsruhe?

Der Speckgürtel, also der berlinnahe Raum, wird gefragt bleiben; der ländliche bietet eine akzeptable Lebens-Alternative nur für wenige, die sich die Anbindung an die Metropole Berlin leisten können. Für die anderen gilt: Abgehängt, weil entweder Verkehrsanbindungen oder Ärzte oder oder oder fehlen.

Fazit und Handlungsweg

Eine Verlagerung der Vorteile aus dem Speckgürtel in die ländlichen Regionen ist notwendig. Kindergärten, flexibler Nahverkehr – selbst in den Randzeiten, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten im ländlichen Raum erhöhen dessen Attraktivität deutlich; schaffen eine solche Attraktivität überhaupt erst. Die berlinnahen Zentren fühlen eine Entlastung, vielleicht gar mit einer Steigerung der Lebensqualität. Land- und Stadtleben in den lebensnotwendigen Einrichtungen ausgeglichen gestalten, heißt, beiden Regionen gleichermaßen dienen.

Das Motto des in Überarbeitung befindlichen Landesentwicklungsplans lautet: **„Wachstum ins ganze Land tragen.“** Welche Schwerpunkte und Lösungsansätze darin gesetzt werden und welche Fragen offenbleiben, werden wir in folgenden Beiträgen genauer unter die Lupe nehmen.



Zeichnung: Klaus Struttmann



von **Franziska Schneider**, Mitglied im Vorstand DIE LINKE Erkner, Gosen, Neu Zittau; Bewerberin als Kandidatin im Direktwahlkreis 31



und **Michael E. Voges**, Vorsitzender DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau

ich würde nach Hartmannsdorf ... machen und dann in der nächsten Zeile mit beginnen.

Bitte ist man tauschen (jetzt steht man ist)

Was will der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg?

Mit dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) erfüllt die gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg den Planungs- und Koordinierungsauftrag des Bundes- und des Landesrechts.

Der LEP HR trifft Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Hauptstadtregion, insbesondere zu den Raumnutzungen und -funktionen und wird als Rechtsverordnung der Landesregierungen mit Wirkung für das jeweilige Landesgebiet erlassen.

Aus der Arbeit des Vorstandes



von
Christopher Voß,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

■ Von der Vorstandssitzung im Mai 2018

Die Kreisvorstandssitzung im Mai befasste sich schwerpunktmäßig mit unserem Kreismagazin, dem „Widerspruch“. Mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Redaktionsarbeit wurden im Vorfeld eingebracht und ausgiebig diskutiert. Im Juni werden formale Anforderungen an Texte definiert und den Ortsverbänden zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit der Schaffung einer Schreibhilfe sollen dadurch neue Genoss*innen für das Schreiben von Artikeln gewonnen werden, die sich bisher an politischen Texten kaum oder gar nicht versucht haben. Die Produktion von Texten wird auch Bestandteil der Weiterbildungsreihe, die im Herbst beginnt. Die derzeit dreiköpfige Redaktionskommission wird durch eine ständige

Vertretung der beiden Vorsitzenden des Kreisverbandes oder deren Stellvertreter*innen verstärkt, um eigene Initiativen und Schwerpunktsetzungen des Vorstandes frühzeitiger in die Redaktionsarbeit einzubringen.

Angesichts einer wieder aufkommenden Debatte zum Antisemitismus in der Gesellschaft beschloss der Kreisvorstand mehrheitlich, in diesem Jahr eine Veranstaltung mit bildendem Hintergrund zu diesem Thema zu veranstalten. Hierbei soll unter anderem herausgearbeitet werden, wo eine legitime Kritik an der Politik Israels aufhört und Antisemitismus anfängt.

Der Kreisvorstand beschloss zudem ein Verfahren, um die Kandidat*innen für die in Oder-

Spree liegenden Direktwahlkreise und den Vorschlag des Kreisverbandes Oder-Spree für einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste zu bestimmen. Als erstes sind gemeinsame Gespräche mit allen Ortsverbänden geplant, die im jeweiligen Direktwahlkreis liegen. Nach den Sommerferien sollen sich die Kandidat*innen in den betreffenden Ortsverbänden vorstellen. Die Aufstellung der jeweiligen Direktkandidat*innen soll bis Mitte September abgeschlossen sein, um aus deren Pool auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 22. September den/die Listenkandidat*in für die Landesliste zu bestimmen, welche im Januar auf der Landesvertreter*innenversammlung bestimmt wird.



von
Julia Wiedemann,
Woltersdorf,
Vorsitzende
DIE LINKE Oder-
Spree

■ Einstimmung auf die Kommunalwahlen 2019

Bericht zur ersten Kommunalveranstaltung der Kreisverbände im April

Den Einstieg machte bei unserem Auftakt zur Kommunalwahl der Austausch mit Kommunalpolitikern. Monika Huschenbett, die viele Jahre Erfahrung im Kreistag in Oder-Spree und in der Kreisverwaltung nachweisen kann, und Jörg Mernitz, langjähriger Stadtverordneter in Eisenhüttenstadt, berichteten aus der Praxis, und die weiteren Teilnehmer*innen brachten ihre Erfahrungen mit ein. Im Vordergrund stand die Frage, was Kommunalpolitik bewirken kann, und wo es Grenzen gibt. So konnte zum Beispiel auf Kreisebene durchgesetzt werden, dass die Schülerbeförderung weitgehend beitragsfrei bleibt. In Eisenhüttenstadt war durch Engagement der LINKEN die Rekommunalisierung des Rettungsdienstes gelungen und eine Privatisierung des Krankenhauses abgewendet worden. Gerade der Erhalt städtischer Unternehmen in öffentlicher Hand ist eine wichtige Herausforderung, denn nur so kann auch bedarfsgerecht und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger geplant werden.

Zentral für das Gelingen eigener Anträge war in allen Fällen die Fä-

higkeit, sich mit anderen Fraktionen auszutauschen, und mit einer Mehrheit an einem Strang zu ziehen. Denn wie auf Bundesebene ist DIE LINKE auch in unserem Landkreis meist in der Minderheit. Praktische Umsetzung von Politik funktioniert nur über Sachinhalte. Und hier zeigt sich auch eine Hürde beim Einbringen von Ideen und Vorschlägen, wenn die Unterstützung nicht gegeben ist, wird es schwer.

Ein weiterer Aspekt, der diskutiert wurde, ist die Unterschiedlichkeit der Problemlagen im Landkreis. Während die Wohnsituation in Eisenhüttenstadt relativ gut ist, und in allen Preissegmenten Wohnraum zur Verfügung steht, ist sie in den Gebieten am Rande von Berlin sehr eng geworden. Hier ist DIE LINKE die einzige Kraft, die sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzt. Auch im Bereich Verkehr und Mobilität gibt es unterschiedliche Anforderungen. Während in einigen Dörfern kaum noch ein Bus fährt, und besonders Menschen, die kein Auto haben oder aus verschiedenen Gründen nicht selbst fahren können, dadurch ab-

gehängt sind, haben andere Orte wie Erkner ein Problem mit zu viel Verkehr, und dadurch mit Lärm und verstopften Straßen. Hier ist das Problem, dass Busanbindungen nicht immer nahtlos an die Regionalbahnverbindung anschließen und abends gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Da DIE LINKE Mitstreiter für die kommunale Politik gewinnen will, ging es auch um die Frage, was man mitbringen sollte, wenn man in die Kommunalpolitik gehen möchte. Hier sind gesunder Menschenverstand gefragt und eine große Bereitschaft, dazu zu lernen. Für viele Vorhaben braucht man einen langen Atem, doch auch wenn die eigenen Inhalte nicht umgesetzt werden (können) wegen fehlender Mehrheiten, so ist das Dagegenhalten oft genauso wichtig.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellte Fritz Viertel (Schöneiche) die Kommunalen Eckpunkte vor, die auf dem letzten Landesparteitag beschlossen wurden. Dabei wurde noch einmal die Vielschichtigkeit kommunaler Fragen im Landkreis deutlich und es wurden erste Stich-

punkte gesammelt für den nächsten Schritt.

In Teil drei wurde in Gruppenarbeit diskutiert. Jede Gruppe hatte die Aufgabe, selbst fünf Themen zu benennen, die sie als besonders wichtig erachtete. Anschließend wurden diese Themen zusammengetragen. Dabei kamen vier Themenbereiche besonders zum Tragen, die für den Kreisverband Schwerpunkte der weiteren Arbeit zu kommunalpolitischen Fragen werden sollen. Dabei handelt es sich um:

■ **Mobilität:** Wie kann eine bessere Vernetzung und Planung im Öffentlichen Personennah-

verkehr (ÖPNV) erreicht werden? Für Kinder und Jugendliche soll der ÖPNV beitragsfrei sein. Wie können wir ein kommunales Car-Sharing etablieren, um Pendlerverkehr zu reduzieren?

■ **Soziales:** Wie schaffen wir zentrale Anlaufstellen der sozialen Beratung in den Kommunen, verbunden mit der Verpflichtung der Verwaltung, über Hilfsangebote zu informieren? Wie können wir die Gesundheitsinfrastruktur im Kreis ausbauen und verbessern?

■ **Digitalisierung:** Die Verwaltungen müssen transparenter werden, zugleich sollten mehr Dienstleistungen der Verwaltung

digital erreichbar sein. Ebenso brauchen wir kommunale Angebote der digitalen Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und Initiativen vor Ort.

■ **Bildung und Kinderbetreuung:** Wir wollen weitere Schulzentren fördern. Im Bereich der Kinderbetreuung soll das Angebot ausgeweitet werden, und ebenso Öffnungszeiten verlängert werden.

Am 16. Juni wird weiter diskutiert, dort sollen auf der nächsten Veranstaltung in Workshops mehrere Themen in der Tiefe diskutiert und konkrete Forderungen dazu entwickelt werden.

■ Treffen in Fürstenwalde

Die Bürgermeisterwahlen in Oder-Spree – wie weiter für DIE LINKE

Am 28. März fand in der Kreisgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE eine Beratung zur Auswertung der Bürgermeisterwahlen in Eisenhüttenstadt, Erkner und Fürstenwalde statt. Zu Beginn des Treffens berichteten die Genoss*innen über ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe. In allen Orten lagen konkrete Konzepte und Zeitpläne für den Wahlkampf vor. Die Mobilisierung unserer Genoss*innen und Sympathisant*innen gelang auf jeweils unterschiedlichem Niveau, so dass beispielsweise die Materialverteilung insgesamt auf weniger Schultern verteilt werden musste. Die Anzahl der Veranstaltungen und Auftritte unserer Kandidat*innen und Ortsverbände konnten sich sehen lassen, wenn auch die weniger gewordenen aktiven Mitglieder zum Teil bis ans Limit des Leistbaren gingen. Die Motivation an der Parteibasis war überwiegend hoch. Enttäuschend, unsere Kandidat*innen erreichten nicht die nötige Stimmenzahl.

Im zweiten Teil ging es um eine Auswertung der Ergebnisse des Wahlkampfes. Hier wurde schnell deutlich, dass es im Vorfeld einer noch tieferen Analyse der Verhältnisse vor Ort bedarf, auch um auf „Überraschungen“ besser vorbereitet zu sein.

Das Ausmaß an schmutzigen Wahlkampfmethoden, darunter auch Verleumdungskampagnen (z.B. Strafverfahren gegen Dag-

mar Püschel in Eisenhüttenstadt; angebliche Veruntreuung von Geldern durch Hans-Ulrich Hengst in Fürstenwalde) hatten uns zum Teil kalt erwischt. Die finanziellen und organisatorischen Ressourcen der anderen Parteien und Wählergruppen übertrafen unsere zum Teil deutlich. So erreichte beispielsweise der Kandidat Rudolph (BFZ) in Fürstenwalde in den „sozialen“ Medien enorme Reichweiten und Resonanz. Unsere Netzwerke und Multiplikator*innen, die insbesondere von älteren Genoss*innen über Jahre hinweg genutzt wurden, brachen in den letzten Jahren hingegen weg. Darunter zählen auch unsere Kontakte ins sozial prekäre Milieu.

Reflexe, einzelne Genoss*innen für Misserfolge verantwortlich zu machen, erwiesen sich bei der Fehleranalyse als nicht dienlich und zeugen auch nicht von einem solidarisches Umgang untereinander. Dieser wird jedoch für das Bestreiten weiterer Kämpfe unabdingbar sein.

Im dritten Teil ging es um die Vorbereitung der Kommunalwahlen und Bürgermeisterwahlen im Jahr 2019. Auf Grundlage unserer auf der Gesamtmitgliederversammlung am 17. Februar beschlossenen Konzeption „DIE LINKE Oder-Spree: kommunal aktiv und fit für die Kommunalwahlen 2019“ leitet der Kreisvorstand seine weiteren Handlungsschritte ab und appellierte nochmals an die Ortsverbände, jetzt mit der Ansprache

potentieller Kandidat*innen zu beginnen und sie in unsere bevorstehenden Veranstaltungen frühzeitig einzubinden.

Als Folge des Treffens wurden verabredet, einen Analysebogen zu erarbeiten, den die jeweiligen Ortsverbände für die Sammlung wichtiger Informationen für den Wahlkampf nutzen können. Bei der Auswertung dieser Bögen sollten Vertreter*innen des Kreisvorstandes eingebunden werden.

Gesonderte Wahlkampfteams sollten nur dann aufgestellt werden, wenn der Großteil der Mitglieder nicht gleichzeitig auch Vorstandsmitglieder sind.

Wahlkampfplanungen müssen deutlich früher vorgenommen werden. Der Einsatz neuer Instrumente für eine zielgruppengerechtere und vielfältigere Ansprache wird erforderlich sein, sowie auch eine stärkere emotionale Ebene aufzubauen.



von
Uwe Tippelt,
 Storkow,
 Geschäftsführer
 DIE LINKE Oder-Spree

Zeichnung:
 Klaus Struttmann



Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Eisenhüttenstadt



von
Jörg Mernitz,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverord-
netenversammlung
Eisenhüttenstadt

Statement zu 100 Tage Frank Balzer als Eisenhüttenstadts Bürgermeister

Resümee der Fraktion DIE LINKE

Seit nunmehr reichlich 100 Tagen ist Frank Balzer im Amt. Die Verwaltung funktioniert aus unserer Sicht wie gehabt. Bisher gab es in der Stadtverordnetenversammlung noch keine kontroversen Themen zu entscheiden, die zu einem größeren Zerwürfnis hätten führen können. Alles, was man unter „Kurs halten“ zusammenfassen kann, läuft ganz gut.

Wir betonen ausdrücklich, überall, wo es zum Wohl der Stadt und seiner Bürger gut ist, werden wir Bürgermeister Balzer und die Stadtverwaltung unterstützen.

Bei seinem Slogan „Mehr miteinander“ sehen wir allerdings noch keine konkreten Taten. Die Abschaffung der Sprechstunden des Bürgermeisters am Dienstagnachmittag und das Aussetzen der Einwohnerversammlungen in den einzelnen Wohngebieten gehören zumindest nicht dazu.

Die Umsetzung des im Wahlkampf angekündigten 6-Punkteprogramms fällt auch mager aus:

1. Bisher wurde ein halber Punkt mit Hilfe des Landes umgesetzt

– das kostenlose Frühstück und die Vesper in den Kindergärten, die wegen der Landesunterstützung bei jedem Bürgermeister eingeführt worden wären. Versprochen war das Mittagessen.

2. Der Wirtschaftsbeirat bleibt Ankündigung, insbesondere, wenn in der Pressekonferenz nur das Qualifizierungszentrum der Wirtschaft GmbH (QCW) als möglicher Partner benannt wurde (Quelle: www.moz.de/landkreise/oder-spree/eisenhuettenstadt/artikel0/dg/0/1/1653475/?utm_source=dlvr.it&utm_medium=facebook).
3. Aus den gemeinsamen ständigen Streifen von Polizei und Ordnungsamt ist, wie von uns vorausgesagt, nichts geworden (siehe: www.dielinke-eisenhuettenstadt.de). Wir hoffen, dass die Polizei wenigstens die Einbruchserie in der Lindenallee in Kürze aufklärt (liegt außerhalb des Verantwortungsbereichs eines Bürgermeisters).
4. Die Notwendigkeit eines Auslaufplatzes für Hunde wird ins-

gesamt wieder in Frage gestellt (siehe o.g. MOZ-Artikel).

5. Zur Sportförderung wird gesagt, dass sie nicht gekürzt wird (siehe o.g. MOZ-Artikel). Versprochen war das Gegenteil.
6. Ein Mitarbeiter der Stadtwerke wird in Kürze einmal in der Woche in der Tourismusinformati-on erreichbar sein. Eine Umverlegung des I-Points ist das nicht. Sagen wir, der Punkt wurde zu 20 Prozent erfüllt (einer von fünf Werktagen).

Fazit

Das Tagesgeschäft wird von Herrn Balzer aus unserer Sicht ordentlich ausgeführt und vielleicht gibt es auch noch den einen oder anderen Erfolg zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Überzogene Erwartungen, die bei dem einen oder der anderen im Wahlkampf geweckt wurden, werden jedoch mit Sicherheit nicht erfüllt. Wir wünschen Bürgermeister Frank Balzer bei seiner weiteren Amtsführung Erfolg. Eisenhüttenstadt braucht diesen Erfolg.

■ Schöneiche bei Berlin

Senkung der Straßenbaubeiträge abgelehnt



von
Fritz R. Viertel,
Mitglied der Gemeindevetretung
und Vorsitzender
DIE LINKE Schönei-
che bei Berlin,
Foto: Andreas Win-
ter

Wenn in der Gemeinde Schöneiche Straßen gebaut werden, müssen die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke einen Teil der Kosten über Beiträge aufbringen. Mieter tragen ihren Teil in der Regel über entsprechende Aufschläge. Wie hoch diese Anliegerbeiträge sind, kann jede Gemeinde ein Stück weit selbst entscheiden. In Schöneiche bleibt per Beschluss der Gemeindevertretung jedoch alles beim Alten.

Welche Beitragsarten gibt es?

Es ist zwischen zwei Beitragsarten zu unterscheiden:

■ Erstens gibt es Erschließungsbeiträge.

Diese werden bei der erstmaligen Herstellung bisher unbefestigter Straßen (= Erschließung von Sandstraßen) erhoben. In Schöneiche müssen die Anliegerinnen über Erschließungsbeiträge 90 Prozent der Gesamtkosten einer Baumaßnahme tragen, die Gemeinde übernimmt zehn Prozent. Das ist in der Erschließungsbeitragsatzung der Gemeinde festgeschrieben.

■ Zweitens gibt es Straßenbaubeiträge.

Sie werden bei Sanierung oder Ausbau bestehender Straßen erhoben. Sie werden nach der Bedeutung der Straße (Hauptverkehrs-, Haupteerschließungs- oder Anliegerstraße) und nach Bestandteilen der Baumaßnahme (Fahrbahn, Geh- und Radwege, Straßenbeleuchtung u.a.m.) differenziert. Für die Fahrbahnkosten etwa liegt der Gemeindeanteil zwischen 30 und 80 Prozent, der Anliegeranteil demnach zwischen 70 und 20 Prozent. Rechtsgrundlage hierfür ist die Straßenbaubeitragsatzung.

Warum werden die Anliegerbeiträge nicht abgeschafft?

Die Gemeinde ist durch § 8 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz (KAG) zur Erhebung von Anliegerbeiträgen beim Straßen- und Wegebau verpflichtet. Dabei handelt es sich um ein Landesgesetz. Im Brandenburger Landtag gibt es wegen des Widerstandes des SPD bisher keine politische Mehrheit für eine Abschaffung. In anderen Bundesländern wurden die Anliegerbeiträge abgeschafft (z. B. Berlin) oder den Kommunen freigestellt, diese zu erheben oder nicht (z. B. Thüringen). In Brandenburg haben die Gemeinden lediglich einen Spielraum bei der Beitragshöhe.

Warum sollten die Beiträge abgeschafft oder gesenkt werden?

Straßen und Wege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie sind deshalb aus Steuermitteln zu finanzieren. Die Erhebung von Anliegerbeiträgen führt regelmäßig zu Konflikten, durch die Baumaßnahmen erheblich verzögert werden (z. B. in der Brandenburgischen Straße). Eine Senkung der Beiträge würde dazu führen, dass

die Straßenbaupläne der Gemeinde verlangsamt werden. Dem stehen eine erhöhte Akzeptanz und weniger konfliktbedingte Verzögerungen gegenüber. Zudem würden Menschen mit geringen Einkommen von der Zahlung der Beiträge entlastet.

Was hat DIE LINKE vorgeschlagen?

In ihrer Sitzung am 14. März 2018 diskutierte die Schöneicher Gemeindevertretung über eine Absenkung der Anliegerbeiträge. Der Bürgermeister hatte eine neue Erschließungsbeitragssatzung und die Fraktion BBS/UBS einen Antrag zur Anpassung der Straßenbaubeiträge vorgelegt. DIE LINKE machte zunächst den Vorschlag, bei allen Erschließungs- und Straßenbaumaßnahmen die Kosten 50/50 zwischen Gemeinde und Anliegern aufzuteilen.

Nachdem der Bürgermeister dies in den Ausschüssen wegen rechtlicher Bedenken zurückgewiesen hatte, wurde die Idee überarbeitet. Der Gemeindeanteil bei Erschließungsmaßnahmen sollte nun auf 40 Prozent festgelegt werden. Bei Straßenbaumaßnahmen sollte die

Gemeinde 45 (Anliegerstraßen), 70 (Haupterschließungsstraßen) bzw. 90 Prozent (Hauptverkehrsstraßen) der Kosten tragen. Dabei handelte es sich um die jeweils anliegerfreundlichste Beitragshöhe, die bereits von anderen Gemeinden in Brandenburg angewandt wird. Für Rad- und Gehwege sollte die Gemeinde 90 Prozent der Kosten übernehmen.

Mehrheit der Gemeindevertretung lehnte Senkung der Beiträge ab

Beide Vorschläge wurden von SPD, CDU, FDP, BÜ90/GRÜNE, NEUEM FORUM und FEUERWEHR in der Gemeindevertretung abgelehnt (Erschließungsbeiträge: 5 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen; Straßenbaubeiträge: 7 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen). Neben der LINKEN stimmten nur BBS und UBS zu bzw. enthielten sich.

Die Anliegerbeiträge bleiben also vorerst, wie sie sind. Konflikte sind insbesondere bei der Erschließung der verbliebenen Sandstraßen vorprogrammiert. Denn in vielen dieser Straßen lehnt eine Mehrheit der Anliegerinnen die Baumaßnahmen mehrheitlich ab.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Schöneiche bei Berlin

Dem Klimawandel auch kommunal begegnen

DIE LINKE initiiert Arbeitskreis „Energiewende in Schöneiche“

Angeregt durch den Plan B „sozial-ökologischer Umbruch der Gesellschaft“ der Linksfraktion im Bundestag beschloss die Basis der LINKEN in Schöneiche, sich bei der Umsetzung insbesondere von Aufgaben der Energiewende anzuschließen.

Das Problem ist, auf der Kommunalebene die entsprechenden wirkungsvollen Aufgaben für die Energiewende zu finden – nämlich die kommunale Teilhabe am sozial-ökologischen Umbau. Das heißt, die ökologische Frage sozial und gerecht, für die Bürger mit den Bürgern und als regionale und dezentrale Aufgabe zu beantworten.

Der Vorstand fühlte sich insofern aufgefordert, dazu seinen eigenen Beitrag zu leisten. So kam es 2013 zur Bildung des ehrenamtli-

chen Arbeitskreises „Energiewende in Schöneiche“ von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, mit dem die Energiewende in Schöneiche in die Wege geleitet werden sollte. Motiviert von der Erkenntnis, dass sich der Klimawandel mit seinen erkennbaren gravierenden Folgen nicht mehr aufhalten lässt und auch Schöneiche nicht verschont.

Für DIE LINKE Schöneiche ist kommunalpolitische Arbeit immer konkret. Das galt schon für das Projekt Bürgerhaushalt als eine Form der Bürgerbeteiligung.

Als Partner konnten Mitglieder der Schöneicher Grünen gewonnen werden.

Wer sich Atomkraftwerke abschaltet und CO²-Emissionen radikal gesenkt wünscht, trägt auch

Verantwortung für die Notwendigkeiten – auch auf Kommunalebene. Das betrifft die Verwaltung, Wirtschaft und letzten Endes auch den Bürger.

Ein Schwerpunkt des Arbeitskreises lag auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit. Ein Nachteil wurde offensichtlich: Dem Arbeitskreis fehlte der kommunalpolitische Rückhalt bzw. Schub, den er als ehrenamtliche Einrichtung vermissen musste. Nach Hinweisen erkannten Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung dieses Problem und beschlossen im Mai 2015 die Bildung eines Klimabeirates. Wir – die Unterzeichner – sind natürlich dabei und weiter aktiv: So mit Initiativen bei der Erarbeitung einer Einsatzkonzeption für die Photovoltaikanlage auf dem Dach

von
Detlef Wilke und
Wolfgang Wittmer, Mitglieder des
 Schöneicher Klima-
 beirates

des Rathauses unter Einbeziehung der KultOurkate, einer Broschüre zur Information über die Klimaziele und -strategien, Förder- und Einsatzmöglichkeiten der Erneuerbaren Energien und bei der Intensivierung der Kontakte mit dem Arbeitskreis Rehfelde mit dem Ziel, sich der Bürgerenergiegenossenschaft Rehfelde anzuschließen.

Neben der weiteren Öffentlichkeitsarbeit wird der künftige Schwerpunkt für den Klimabeirat bei der Erschließung von Einsatzpotenzialen liegen, so für die entstehende Wohnanlage Woltersdorfer Straße.

Zum Heimatfest wird der Klimabeirat mit einem Stand vertreten

sein. Mitglieder des Klimabeirates stehen für Fragen bereit und informieren über die Möglichkeit der Mitarbeit.

Weitere Informationen im Internet:
www.schoeneiche-bei-berlin.de/klimabeirat

DIE LINKE – Partei in Bewegung

Der Antrag des Parteivorstandes an den Leipziger Parteitag in gekürzter Fassung

■ DIE LINKE ist Bewegung



Sechs Felder wollen wir in der nächsten Zeit besonders in den Vordergrund stellen. Wir kämpfen mit allen, die sich einsetzen:

1. für gute Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und bessere Tarifverträge, wir unterstützen Streiks und gewerkschaftliche Kämpfe,
2. für soziale Garantien, eine armutsfeste Rente und sanktionsfreie Mindestsicherung,
3. für eine inklusive Gesellschaft, für Integration und gegen Ras-

sismus, Nationalismus und Einwanderungspolitik, die sich an Quoten oder Nützlichkeitskriterien orientieren. Für uns gelten die Menschen, nicht der Pass.

4. Wir kämpfen für eine Stärkung des Öffentlichen, für bezahlbare Mieten und sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Für mehr Personal in Pflege und Gesundheit.
5. Wir kämpfen für Klimaschutz und einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Wir investieren in die Zukunft, in Öffentliches, Digitalisierung, wir schaffen Arbeitsplätze. Wir wollen, dass der öffentliche Nahverkehr ausgebaut wird und zum Nulltarif arbeitet. Wir streiten für ein Zukunftsprojekt Ost, wir kämpfen gegen die Diskriminierung bei Löhnen und Renten im Osten und für eine Infrastruktur-Offensive für die sogenannten abgehängten Regionen.

6. Wir kämpfen mit allen, die sich für Frieden und Abrüstung, gegen Waffenexporte und die europäische Militärunion und für eine Entspannungspolitik mit Russland einsetzen. Eine Klammer für all diese Auseinandersetzungen ist: Eine andere Politik wird es nur geben, wenn der gesellschaftliche Reichtum anders verteilt wird.

Wir wollen, dass die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen; dass Politik nicht etwas ist, was ihnen geschieht, sondern womit sie ihre Interessen durchsetzen. Dafür sind wir in Bewegung, dafür organisieren wir und laden ein: in den Nachbarschaften, in denen die Mieten explodieren, vor Kranken- und Pflegeheimen, Betrieben, Job-Centern, Kitas und Universitäten. Unsere Voraussetzungen sind gut: Wir gewinnen seit einigen Jahren Mitglieder. Wir sind eine aktive Mitgliederpartei. Die Mitglieder der LINKEN sind unser Rückgrat und unsere Stärke. „Basis“ heißt, dass die Partei auf ihren Mitgliedern aufbaut, von unten nach oben. Sie bestimmen den Kurs, die Forderungen, die Programme. Wir kämpfen auf allen Ebenen auch um die Rathäuser, die Kommunalparlamente etc. Partei und Bewegung sind kein Gegensatz. Wir sind eine Bewegungspartei. Wir wollen in Wahlen stärker werden. Gerade in den bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen, 2019 in den Landtags-, Kommunal- und Europawahlen. Wir setzen auf die vielen, die in der Gesellschaft etwas bewegen wollen. Wir laden alle ein, mit und in der LINKEN zu kämpfen. Wir sind Partei in Bewegung

Quelle: DISPUT, Juni 2018

Leipziger Parteitag 8.–10. 6. 2018

- Alle Anträge und Änderungsanträge, Berichte, Kandidaturen, Hinweise, Antragshefte, Formulare im Internet:
www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/
- Livestream im Internet:
www.die-linke.de/start/livestream/
- Direktübertragung im Fernsehen auf phoenix

DIE LINKE Brandenburg mit Blick nach vorn

Der neue Landesvorstand fand sich am 4./5. Mai zu seiner ersten Klausur im Jugendbildungszentrum Blossin zusammen

In erster Linie ging es darum, sich kennenzulernen, die künftige Arbeitsweise für die nächsten zwei Jahre zu definieren und die neue Geschäfts-, Finanz- und Reisekostenordnung zu beschließen.

Am Freitag durften wir nach einer ersten tieferen Kennenlernrunde und einer Blitzlichtrunde, in der wir unsere Erwartungen an diese Klausur formulierten, unseren Finanzminister Christian Görke begrüßen. Er stellte uns die Eckpunkte des Doppelhaushaltes vor. Kein vergnügungssteuerpflichtiges Thema, vor allem, wenn man hört, welche Gelder zur Verfügung stehen, was die aktuellen Vorhaben kosten und die Wünsche, die wir gerne noch erfüllen möchten. Ein abendfüllendes Thema und zugleich der Abschluss des ersten Klausurtages.

Zwischenbilanz zum Koalitionsvertrag

Der Samstag begann mit unserem Europaabgeordneten Helmut Scholz. Er referierte zum Thema Brandenburger Europawahlen und gab uns einen Einblick in seine aktuelle Arbeit im Europaparlament. Verstärkung bekam er von Anne Quart, Staatssekretärin des Ministeriums für Justiz, Europa und Verbraucherschutz. Im Anschluss wurde abgerechnet. Ralf Christoffers und Thomas Domres legten eine Zwischenbilanz des Koalitionsvertrages vor. Und ich finde, mit die-

ser Bilanz kann man arbeiten. In den Bereichen Kita und Kultur beispielsweise sind fast alle Punkte erfüllt und nur noch einige wenige in Bearbeitung. Insgesamt sind in den Bereichen Kita, Schule, Weiterbildung, Jugend, Sport, Wissenschaft und Kultur von 79 Punkten bereits 50 Punkte erfüllt, 16 Punkte sind zum Teil erfüllt und 13 Punkte sind noch offen.

Zeit unsere eigenen Aufgaben anzugehen

Ziel ist es, für verschiedene Aufgabenfelder und Themenbereiche, welche im Laufe der nächsten Monate immer noch veränderbar sind, Verantwortliche zu benennen. In der Klausur ging es zunächst noch nicht um eine konkrete Zuordnung von Personen, sondern eher um die Festlegung der Themen. Die „Hausaufgabe“ für die Mitglieder ist, sich Gedanken zu machen, in welche Bereiche sie sich einbringen können und wollen. Erste Ergebnisse wird es sicher nach der nächsten Vorstandssitzung geben. Weiterhin sollen Ansprechpartner für die einzelnen Landkreise festgelegt werden. Leider ist nicht jeder Landkreis mit einem Mitglied im Landesvorstand vertreten, deshalb werden die Landkreise, die mehrere Mitglieder stellen, so wie beispielsweise Oder-Spree mit Heidi Wiechmann, Alexander Klotzovski und mir, nicht nur Ansprechpartner in ihrem eigenen Kreisverband sein,

sondern noch einen zusätzlichen Kreisverband betreuen. Alexander wird sich für den Kreisverband Lausitz und ich mich der Kreisverband Dame-Spreewald bewerben.

Zu den Wahlkämpfen 2019

Die Wahlkämpfe zur Kommunal-, Europa- und Landtagswahl stehen vor der Tür. Eine wichtige Aufgabe, die es jetzt zeitnah zu lösen gilt, ist die Bildung eines Landeswahlkampfbüros. Wir haben uns auf die Kriterien der Leitung des Büros festgelegt und den geschäftsführenden Vorstand mit der Suche nach geeigneten Personen beauftragt.



von
Romy Neubert,
Steinhöfel,
Mitglied des Landes-
vorstandes



v. l.: Helmut Scholz, Anne Quart und Mario Dannenberg

Im Juni soll das Landeswahlkampfbüro arbeitsfähig sein und dann soll es auch eine erste Handreichung für die Kreisverbände geben. Es wurde bereits eine Zeitschiene für die einzelnen Wahlen erarbeitet.

Im März 2019 soll es nach fünf Regionalkonferenzen die Abschlusskonferenz zu unserem Zukunftsdialog geben. Der Aufschlag dazu war am 13./14. April in Eberswalde. Ihr konntet dazu bereits im letzten „Widerspruch“ lesen. In vier weiteren Konferenzen möchten wir gemeinsam mit allen Genossinnen und Genossen an unserem Wahlprogramm arbeiten. Ich kann euch nur ermutigen, Teil dieses Formates zu werden.

Wir brauchen eure Erfahrung und eure Anregungen!



Zeichnung: Klaus Struttmann



von
Christopher Voß,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

FrühLINKSempfang in Bad Saarow

Das war eine entspannte Atmosphäre am Nachmittag des 20. April. Etwa 50 Besucher*innen unseres FrühLINKSempfangs nutzten das Zusammensein, um in den politischen Dialog zu treten und Anregungen darüber auszutauschen, welche Initiativen und Themen noch bis zum Ende der Wahlperiode auf die politische Tagesordnung gesetzt werden sollten. Als Gäste konnten wir Vertreter*innen des Kreissenorenbeirates, der GefAS, von Vereinen aus Bad Saarow und der Verwaltungsspitze des Landkreises begrüßen.

Kreisvorsitzende Julia Wiedemann ging in ihrer Begrüßungsrede auf die große Vertrauenskrise in Politik und Demokratie ein, wofür auch die geringe Wahlbeteiligung bei den vergangenen Bürgermeisterwahlen ein Ausdruck waren. In den Wahlkämpfen konnten wir viel Unsachlichkeit, leere Versprechungen und billigen Populismus beobachten. Phänomene also, die derzeit nicht nur Hochkonjunktur im Deutschen Bundestag haben. Erschreckend sei zudem, dass sich viele Menschen durch ihre Abwesenheit an der Wahlurne von der demokratischen Mitbestimmung zurückziehen.

Der Herausforderung, sich diesen Trend entgegenzustellen, sieht sich unser Kreisverband verpflichtet. Unsere politischen Ideen und Konzepte müssten wieder stärker in die Bevölkerung hineingetragen werden sowie Sorgen und Nöte der Bürger*innen besser gehört, auf-

genommen und in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Dr. Bernd Stiller von der Kreistagsfraktion ging darauf ein, dass der Kreistag, wie bei der Kreisgebietsreform, auch zukünftig seinen Einfluss bei Themen geltend machen sollte, für die manche Kreistagsabgeordnete den Kreistag in Zuständigkeit sehen. Dazu gehöre aus seiner Sicht auch die gebotene finanzielle Unterstützung der Tafeln in Oder-Spree, über deren Bewilligung der Kreistag im Juni entscheidet. Er wies zudem auf den kürzlich erzielten Erfolg der Linksfraktion hin, die Sitzungsgelder für sachkundige Einwohner*innen spürbar zu erhöhen, um dem eh-



Landrat Rolf Lindemann

die Unterstützung, die gezeigte Offenheit und die Verlässlichkeit bei der Bearbeitung des Themas hätte der gemeinsam Erfolg für unseren Landkreis und seiner Bürger*innen nicht eingefahren werden können.

Unserem Bundestagsabgeordneten Thomas Nord ging es in seinen Worten vor allem darum, wieder Hoffnung für eine bessere Gesellschaft unter den Menschen zu wecken und die Bevölkerung nicht in ständiger Angst und Verunsicherung lassen. Die Bundesregierung müsse sofort wieder in den Routine-Modus, statt sich den drängenden Fragen zu stellen. Diese sehe er besonders beim Einsatz für weltweite Abrüstung und Entspannung als dringend

erforderlich.

Axel Hylla von der Linksfraktion Bad Saarow, als letzter Redner, ging auf Defizite des aktuellen Landesentwicklungsplanes ein. Aus seiner Sicht würden die Wachstumspotentiale seiner Gemeinde bei einigen Planer*innen in den Ministerien nicht erkannt werden und das nur, weil Bad Saarow weder Teil des Berliner-Speckgürtels noch ein zentraler Ort in der Region sei.

Der Vorschlag, die Kreise könnten bei Finanzierungshilfen für einzelne Gemeinden eine gestaffelte Kreisumlage einführen, habe ihn erschreckt. Damit würde sich die Landesregierung aus der Aufgabe der Angleichung der Lebensverhältnisse zurückziehen und zulassen, dass es in den Kreisen ein Hauen und Stechen um gestaffelte Kreisumlagesätze geben würde.



v. l.: Dr. Bernd Stiller, Thomas Nord, Julia Wiedemann, Axel Hylla, Christopher Voß

renamtlichen Engagement für den Kreis mehr Wertschätzung entgegen zu bringen. Die Mithilfe der Linksfraktion bei der Initiierung des größten Kreis-Kita-Beirates im Land Brandenburg sei ebenfalls ein Erfolg.

Landrat Rolf Lindemann hob in seiner Rede die enge, konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Linksfraktion hervor. Diese habe er besonders beim gemeinsamen Abwenden der bedrohlich wirkenden Kreisgebietsreform schätzen gelernt. Zu Beginn des letzten Jahres habe die Kreispolitik aus seiner Sicht auf ziemlich verlorenen Posten gestanden, was die Positionierung und Netzwerkarbeit im Bezug auf das groß geplante Reformvorhaben betraf. Als sehr wichtig erachtete er daher den engen Dialog mit verschiedenen Abgeordneten unserer Partei. Ohne

Alle Reden können auf www.youtube.de und Eingabe der Begriffe „LINKE Oder-Spree Frühlinksempfang“ im Suchfeld angeschaut werden.

Fotos:
Thomas Wulke



Die Marxistische Philosophie

2018 – 200 Jahre Karl Marx (3. Folge)

3. Die Klassen als Subjekte der Geschichte

Nach dem wir uns mit der Dialektik beschäftigt haben, widmen wir uns nun einem meiner Lieblingsthemen, dem Klassenkampf. Um zu verstehen, was Klassenkampf ist, müssen wir verstehen, was eine Klasse ist. Ich persönlich bin der klaren Überzeugung das DIE LINKE in Brandenburg den Klassenkampf anstelle der Regierungsbank ins Visier nehmen sollte, eine linke Partei darf sich meiner Meinung nach nicht in diesem kriminellen Parteienkartell integrieren und das Anti-Establishment von linker Seite aufgeben. Klassenkampf heißt rebellischer zu werden!



Portrait von Willi Sittig in Trier, Foto: Strauß

Definitionen wie die von Lenin erwecken den Eindruck, als würden die Klassen durch bestimmte, real gegebene Verhältnisse konstituiert, auch wenn die Betroffenen sich dessen nicht bewusst sind. Doch sowohl Marx und Engels, als auch Lenin machten einen deutlichen Unterschied zwischen den objektiven Bedingungen einer Klasse und den subjektiven Voraussetzungen einer Klassenbildung. So schreibt Marx in einer Analyse der politischen Verhältnisse im Frankreich von 1848 über die soziale Gruppe der Parzellenbauern:

„Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie

voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. (...) Jede einzelne Bauernfamilie genügt beinahe sich selbst, produziert unmittelbar selbst den größten Teil ihres Konsums und gewinnt so ihr Lebensmaterial mehr im Austausch mit der Natur als im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andre Parzelle, ein anderer Bauer und eine andre Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf, und ein Schock Dörfer macht ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet.“

Eine „in gleicher Situation“ lebende Masse bildet also noch keine Klasse, selbst wenn sie die gleichen Interessen haben. Sie sind lediglich eine statistische Größe. Dagegen sind die Kapitalisten, auch wenn stets in heftiger Konkurrenz zueinander stehen, ständig miteinander in Verbindung, um die politischen Bedingungen ihrer Existenz zu sichern, Einfluss auf Parlamente und Regierungen zu nehmen oder die Arbeiterklasse in Zaum zu halten. Sie müssen sich nicht als Klasse konstituieren, denn sie handeln als Klasse, auch wenn

sie sich dessen nicht bewusst sind. Ganz anders die Arbeiterklasse, die sich ihrer Gemeinsamkeit erst bewusst wird, wenn sie nicht nur einem gleichen Schicksal unterworfen ist, sondern auch gemeinsam dagegen angeht. Marx unterscheidet deshalb zwischen der „Klasse gegenüber dem Kapital“ und der „Klasse für sich selbst“. Natürlich sind die abhängig Beschäftigten im Neoliberalismus nicht mit den von Marx zitierten Parzellenbauern vergleichbar, zumal sie nicht isoliert auf einer Parzelle leben, sondern auf vielfältige Weise miteinander verbunden sind, vernetzt durch Arbeitsteilung, soziale Sicherungssysteme und Tarifvertragssystem. Doch damit sind sie zunächst nicht mehr als eine „Klasse gegen-

über dem Kapital“. Was ihnen jedoch häufig fehlt ist eine gemeinsame Praxis. Jeder kämpft für sich allein, manchmal auch gegen andere Kolleginnen und Kollegen, Belegschaften gegen konkurrierende Standorte des gleichen Unternehmens und selbst Gewerkschaften gegeneinander um Tarifhoheit. Verschärft wird die Situation durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, ständige Umbauten der Unternehmen und die Aufspaltung der Belegschaften durch Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und befristete Beschäftigung. Hatte schon die Auflösung der klassischen Arbeiterwohngebiete die soziale Kommunikation gelockert, so hat die Aufspaltung in verschiedene sozio-kulturelle Milieus die Individualisierung noch weiter vertieft. Nur in bestimmten Momenten, wo die Gemeinsamkeit im Tarifkampf oder der Verteidigung sozialer Leitplanken auf der Tagesordnung steht, bildet sich ein spontanes Gefühl der gemeinsamen Betroffenheit heraus, verschwindet aber bald, wenn der Kampf gewonnen, oder sehr viel häufiger verloren wird.



von
Ismail Al-Kayed,
 19 Jahre alt,
 Fürstenwalde,
 Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE Oder-Spree,
 Sprecher der Linksjugend [solid] Oder-Spree,
 möchte Geschichte und Politik studieren

Foto: privat

MARX-WORTE

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Worte, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.

Quelle: Manifest der Kommunistischen Partei, 1948, MEW, Bd. 4. S. 466

Ausgewählt und eingesandt von Dr. Artur Pech



von
Hagen Weinberg,
Sprecher der SODI-
Gruppen entlang der
Oder

Tschernobyl-Woche 2018 in der Oderregion

Junge Menschen geben Ausblick auf Bekämpfung von Kernkraft und KKW

Liebe Leser des „Widerspruch“, gerade haben wir die Tschernobyl-Woche 2018 unter dem Leitsatz „10 Jahre SODI und BELRAD – Hilfe zur Selbsthilfe/Von Tschernobyl zur Energiewende“ beendet, da denken wir am 5. Mai des 200. Geburtstages von Karl Marx.

Marx und Engels haben die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit vom Standpunkt des dialektischen Materialismus betrachtet und wissenschaftlich nachgewiesen. Damit haben sie uns ein gutes Material in die Wiege gelegt. (In der Tschernobyl-Woche 2018 sind meine Gedanken in vielen Veranstaltungen an diese beiden großen Vordenker gelenkt worden.)

10 Jahre arbeite ich nun mit Schülern der Gesamtschule 3 mit gymnasialer Oberstufe in Eisenhüttenstadt und dem unabhängigen Institut für Strahlensicherheit BELRAD an den Tschernobyl-Folgen. Wider das Vergessen und Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei wichtige Aspekte.

Die Arbeitsgemeinschaft (AG) Patenschaften hat mit der Unterstützung der SODI Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS und drei Pädagogen über zehn Jahre Impulse gesetzt und nachhaltig gewirkt. In der öffentlichen Festveranstaltung am 24. April wurde sie deshalb auch vom Institut für Strahlensicherheit 2018 mit einer Urkunde geehrt. Die Veranstaltung war auch von vier Workshops geprägt, in denen die jungen Leute Lösungen zur Beseitigung der entstandenen Probleme durch den GAU von 1986 demonstrierten. Die AG-Mitglieder werden diese Workshops jetzt mit den 7. Klassen der Schule weiterführen.

Damit tragen sie dazu bei, dass schon langfristig auf die Problematik, die ja andauert, aufmerksam gemacht wird und weitere Akteure zur Lösung der entstandenen Probleme und für dieses humanistische Hilfsprojekt gewonnen werden können.

In den Tschernobyl-Wochen geht es uns vordergründig darum, dass diese Katastrophe mit den Langzeitwirkungen über viele Generationen nicht vergessen wird und die Solidarität/Hilfe vor allem für die Kinder, auch die noch nicht geborenen, aufrecht erhalten bleibt.

Auch Leser des „Widerspruch“ sind mit ihren Spenden am nachhaltigen Wirken beteiligt. Dafür kann ich nur immer wieder danke sagen. Dieser Kernkraftwerk (KKW)-Gau von 1986 macht immer wieder darauf aufmerksam, dass die Erde mehrfach vernichtet werden kann!

Leider ist allerdings unser Gedächtnis oft zu kurz, um sich dies immer wieder bewusst zu machen.

In den diesjährigen Diskussionsrunden steckte eine Menge dialektische Auseinandersetzung. Es war in diesem Jahr beglückend, dass junge Menschen nicht nur viele Fragen stellten, sondern sich ernsthaft über Lösungen zum Umgang mit dem angehäuften Teufelszeug auf dieser Erde Gedanken machen.

Alle KKW abschalten, ist dabei nur eine Schlussfolgerung. Auch wird begrüßt, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Gesetz, alle KKW bis 2022 abzuschalten, eine Vorbildrolle inne hat und diesen Beschluss auch konsequent durchsetzt. Aber allen muss bewusst sein, dass dies allein die Probleme nicht beseitigt.

Von den früher Geborenen unter uns, ich schließe mich da ausdrücklich ein, ist dadurch, dass wir, was die Kernkraft und die KKW betrifft, zu kurz oder besser gesagt nicht zu Ende oder vom Ende her gedacht haben, eine schwere Bürde an die nachfolgenden Generationen übergeben werden.

Wir haben aber 2018 viele junge Menschen angetroffen, die sich im Sinne des Lebens dieser Bürde stel-

len wollen. Wohin mit dem radioaktiven Müll?

Da müssen wir gemeinsam aufpassen, wenn notwendig, mit der jungen Generation in den Widerstand gegen eine schlechte – weil mit rein machtpolitischen Mitteln erwirkte – Standortfestlegung gehen. „Irgendwo“ wird dem Gefahrenpotenzial der seit sechs Jahrzehnten kontinuierlich produzierten hochradioaktiven Abfälle jedoch in keiner Weise gerecht.

Bei allen Diskussionen wird eines deutlich – der Widerspruch zwischen Wollen und Können. Es gibt durchaus junge Leute, die das intellektuelle Vermögen hätten, nach Lösungen zu forschen, können sich aber kein Studium leisten. Lebenshaltungskosten und Studiengebühren können sie nicht aufbringen. (Was habe ich als Bauernjunge für ein Glück gehabt, dass ich in der DDR zur Schule und studieren gehen konnte!)

Es war eine interessante, lehrreiche Tschernobyl-Woche 2018. Junge Menschen sind bereit, sich für die Existenz der Menschheit zu engagieren und vergessen auch Betroffene in ihrem Leid nicht.

Ich habe eine große Bitte an alle Leser des Widerspruch, die sich in der Lage fühlen, junge Menschen im Dialog zu unterstützen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Ein kleiner Beitrag im Sinne der Hilfe für Tschernobyl-Betroffene wäre auch ein Spendendauerauftrag oder eine Pektinpatenschaft (50 € im Jahr) für ein betroffenes Kind. Den engagierten jungen Menschen würde diese Geste durchaus das Rückgrad stärken.

Spendenkonto: SODI e.V. Berlin
IBAN:

DE33 1002 0500 0001 0201 00
Kennwort: Tschernobyl

Unsere SODI Gruppenmitglieder sind übrigens gern bereit, in einer Zusammenkunft der Mitgliederversammlungen oder bei Zusammenkünften der Ortsgruppen aufzutreten, über unsere Arbeit und die Hilfe vor Ort in Belarus zu informieren und ins Gespräch zu kommen.



Hagen Weinberg mit jungen Enthusiasten in Eisenhüttenstadt. Foto: SODI-Gruppen entlang der Oder

10 Jahre gemeinsame Projekte zum Strahlenschutz

Alexej Nesterenko und Ivan Krasnopjorow vom unabhängigen Institut für Strahlensicherheit „BELRAD“, Minsk, Mai 2018

Wieder einmal waren wir Ende April bei Freunden/Unterstützern in der Oderregion. Die Sonne zeigte uns alle Farben des Frühlings in der Region Frankfurt-Oder. Das bedeutet, dass hier wieder die Tschernobyl-Woche durchgeführt wird, die in diesem Jahr zum zehnten Mal stattfindet. Vor zehn Jahren haben unsere Freunde aus den SODI Gruppen entlang der Oder beschlossen, unsere bescheidenen Bemühungen zu unterstützen, die belarussischen Kinder, die unter den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe leiden, zu schützen. Im Laufe der Jahre haben wir gemeinsam viel getan:

1. Kauf von Fahrzeugen, und deren Umbau von BELRAD zu mobilen Messstellen und Labors, die Strahlungsüberwachung und Messungen der Verstrahlung von Menschen und Produkten in der bewohnten Tschernobyl-Zone vornehmen.
2. Pektinkuren für Kindern in den Regionen Mogilev (Sokolowka) und Brest (Otwerschtschi), um die Radionuklide in den Kinderkörpern zu reduzieren.
3. Entsendung von 50 schwer verstrahlten Kindern in Sanatorien unseres Landes.
4. Hilfe, um den oben genannten Schulen die Materialbasis zur Aufklärungsarbeit zu liefern und diese zu stärken.

In den SODI-Gruppen haben wir nicht nur zuverlässige Partner gefunden, sondern auch wirklich treue Freunde, die bereit sind, in schwierigen Zeiten aktiv zu helfen. Mit besonderer Wärme erinnern wir uns an die

Treffen mit Schülern und Studenten in der Region. Ihr großes Interesse an der Tschernobyl-Problematik und die aktive Auseinandersetzung mit deren Folgen, wie z.B. in der Aula der Gesamtschule 3 mit gymnasialer Oberstufe Eisenhüttenstadt oder dem OSZ Eisenhüttenstadt, ist unserem Team ein Kraftquell und gibt Inspiration für die weitere Arbeit.

Wir können nicht selbstgefällig werden oder uns auf Lorbeeren ausruhen, dazu ist es zu früh! Noch Generationen müssen mit den Folgen der radioaktiven Abfälle leben.

Im vergangenen Jahr haben wir hohe Radionuklidkonzentrationen bei den Messungen von Kindern feststellen müssen. Der Grund sind das Verspeisen von großen Mengen an Pilzen und Beeren. Diese hatten hohe Cäsiumkonzentrationen. Cäsium 137 ist jedoch ein schädlicher radioaktiver Stoff, der vor allem Kinder krank macht. Ungefährlich wird dieser radioaktive Abfall erst nach weiteren 270 Jahren.

Die aktive Beteiligung der Menschen aus der Oderregion an unseren Projekten, die Hilfe zur Selbsthilfe über unsere Projekte geben vielen Kinder der Tschernobyl-Regionen Hoffnung auf eine gesunde Zukunft.

Bis zum nächsten Mal Freunde! Bis wir uns wieder in der Oderregion treffen! Wir danken von ganzem Herzen!



Foto: SODI-Gruppen entlang der Oder

Von links nach rechts: Ivan Krasnopjorow (stellvertretender Institutsleiter und Messingenieur), Sergej Galuso (Koordinator), Dr. Alexej Nesterenko (Direktor des unabhängigen Institutes für Strahlensicherheit BELRAD in Minsk).

ABOSCHEIN

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort ☐ Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

☐ Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

☐ Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder

☐ bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Coupon bitte senden an:

Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter:
www.die-linke.de

von
Kurt Dietmar Rich-
ter,
Neu Zittau

Marx spielte gern Schach

Jahre zurück: ein Eisler-Preis und das Aufführungsverbot

Der Sekretär des Berliner Komponistenverbandes, damals Heinz Weitzendorf, war frustriert von denn ewigen Kotau-Übungen gerade auch der Komponisten der DDR, das Gedenken an Marx immer nur in hymnischen Kantaten voller Respekt und Ergebenheit zum Ausdruck zu bringen. Er hatte die Idee, einmal von der menschlich-schlichten Seite heranzugehen: Marx ist ohne Zweifel der große Philosoph, den alle verehren, er war aber auch ein ganz normaler Mensch mit Schwächen und Leidenschaften. Das könnte doch auch einmal Thema sein. Und er fragte mich: „Hast du nicht Lust, das einmal zu probieren?“ Ich hatte Lust, fand einen Textschreiber, Nils Werner, und vom Berliner Magistrat kam sogar ein Kompositionsauftrag. Es entstanden fünf „Anekdotische Szenen und Gesänge“ für einen Sopran, einen Bariton

und einen singenden Pianisten. Ich hatte noch als Ergänzung zum Ablauf einige anekdotische Fragmente eingefügt. So die Episode mit den feurigen Jugendgedichten, deren Veröffentlichung den Verleger in den Ruin getrieben haben soll, so die Geschichte mit Marx' Liebe zum Schachspiel – er konnte nur eben nicht verlieren und alle Hausgäste wurden angewiesen, ihn gewinnen zu lassen. Diese Szene gab dann den Obertitel für das ganze Stück. Ein Attentat auf den Kaiser wird erwähnt, das Marx recht sarkastisch kommentiert, die Sorge der lieben Mutter um Karls berufliche Entwicklung ist ein Thema, schließlich steht da ein Kapitel über die Rotstifte in allen reaktionären Redaktionen – kein Artikel von ihm wird unbeschnitten veröffentlicht.

Das nun fertig geschriebene Stück fand beim Komitee für die

Vergabe von

Kompositionspreisen beim Rundfunk der DDR hohe Zustimmung, der „Hanns-Eisler-Preis“ wurde „Marx spielte gern Schach“ zuerkannt. Natürlich musste das Stück nun auch seine Aufführung haben. Es gab den Beschluss, bei der Berliner Biennale einen Platz für die Uraufführung festzusetzen. Und es gab die Zusage der Komischen Oper, das zu realisieren. Die Proben began-

nen, doch bald kam dann eine Information von der Intendanz, dass wegen Problemen im Ensemble die Aufführung leider abgesetzt und die Proben eingestellt werden müssten. Die Staatsoper Dresden sprang in die Bresche, ein Ensemble war schnell gefunden und startete die Einstudierung. Doch auch hier kam dann bald eine Nachricht von der Intendanz, man müsste die Proben und die Vorbereitung des Stücks leider einstellen, weil alle Kräfte des Hauses sich auf die Einstudierung der Premiere des „Freischütz“ zur Eröffnung der wiederaufgebauten Semperoper konzentrieren müssten. Allerdings waren meine drei Darsteller Freischützfrei. Damit war die Perspektive Biennale-Uraufführung gestorben. Ein Schelm, der sich Übles dabei denken wollte. Das Ministerium für Kultur plante einen Musik-Theater-Kongress in Karl-Marx-Stadt und legte fest, dass „Marx spielte gern Schach“ nun das Eröffnungstück für den Kongress sein sollte. Ein Studenten-Ensemble der Musikhochschule „Franz Liszt“ in Weimar unter Leitung von Prof. Reinhard Schau hatte das Stück einstudiert und zur Aufführung vorbereitet. Die Zeremonie in Karl-Marx-Stadt startete – aber ohne mein Stück. Der Minister wusste offenbar nur, dass die Weimaraner nicht angereist waren, er sagte: „Am Theater kommt es immer wieder zu Vorstellungsausfällen, so auch leider heute: unser Eröffnungstück kann leider nicht gespielt werden.“ Ich erfuhr dann den wahren Grund: Am Vortag war in Weimar die Generalprobe gelaufen, danach hatte die Parteileitung der Hochschule den Rektor verpflichtet, den Auftritt in Karl-Marx-Stadt und alle weiteren Aufführungen zu untersagen. Reinhard Schau hat mir dann die Gründe verraten: Er brachte die ganze Geschichte als Clownsspiel auf die Bühne – dafür eine historische Tradition zitierend: Im Mittelalter gab es „Narrenfreiheit“ für die Hofclowns, sie durften straffrei Wahrheiten verkünden, wofür normale Sterbliche ihren Kopf verloren hätten. So schien es auch im Falle Marx in Weimar, auch der Sänger, der gelegentlich Marx-Zitate zu sin-



Zeichnung: Barbara Henniger, 1986

gen hatte, trug eine rote Nase. Urteil der Parteileitung: „Wir“ (also Autoren und Ensemble) schätzten Marx' philosophische Gedanken als pure Narreteien ein. Seine etwas schwachen Jugend-Gedichte ließ der Regisseur quasi als Fließband-Produktionen laufen, auf Kasensrollen-Papier. Da war aber gerade ein Engpass im Handel. Man darf gern raten, welches Rollenpapier nun benutzt werden musste. „Wir“ halten alles, was Marx je geschrieben hat, für so wertlos, dass es nur auf solchen Rollen notiert werden kann. Lenchen Demuth ermahnt alle Gäste des Hauses, beim Schachspiel auf jeden Fall Marx gewinnen zu lassen. „Wir“ unterstellen Marx unsittliche Gedanken in der Beziehung zur Haushälterin. Und der Knüller kommt noch. In der letzten Szene wird dargestellt, wie Marx-Zitate in der internationalen Presse verstümmelt werden. Ein Pult mit Zeitungen aus al-

ler Welt sollte das deutlich machen. Da keine russische Zeitung aus dem 19. Jahrhundert zur Verfügung stand, wurde eine heutige Iswestija mit aufgelegt. Ein Darsteller stieß im Gewühle der Inszenierung die Istwestija vom Pult und „latschte“ versehentlich auch noch mittendrauf. Und just in dieser Ausgabe stand auf der Titelseite ein Artikel über den Weltfrieden. „Wir“ seien allesamt Friedensfeinde, dem Faschismus nahestehend. Zu Zeiten der Inquisition wäre die Parteileitung auf den Scheiterhaufen gewandert, hätte sie so ein schlimmes Stück nicht ver-



Zeichnung: Gertrud Zucker, 2018

boten. Barbara Henniger hat die ganze Geschichte zum Anlaß genommen, eine harte Karikatur zu zeichnen.

An alle linken und progressiven Kräfte Europas: Einheit herstellen, um neoliberale Politik zu besiegen!

Erklärung des Präsidenten der Europäischen Linken, Gregor Gysi, 23. Mai 2018



Die linken und weiteren progressiven Kräfte Europas kennen die komplizierte, zum Teil zu begrüßende, zum Teil aber auch zu verurteilende eigene Geschichte. Da sie aus unterschiedlichen Ländern kommen, verschiedenen Nationalitäten angehören, unterscheidet sich auch ihre Geschichte. Schon das ist nicht einfach. Das gilt ebenso für unterschiedliche Herangehensweisen, Politikvorschläge und Vorstellungen, wie man Strukturen aufbaut. Unsere Realitäten können wir nicht ändern, sollten es auch nicht versuchen. Aber es gibt so viele übereinstimmende Vorstellungen und Ziele, dass wir eine Einheit trotz unserer Differenzen herstel-

len können und wohl auch müssen. Einige gemeinsame Punkte:

- Für Frieden und Abrüstung – gegen Kriege und Aufrüstung.
- Für vollständige soziale Gerechtigkeit, ohne Hunger, Elend und Not – gegen völlig überzogenen, ungeheuerlichen Reichtum durch den Kapitalismus.
- Für ökologische Nachhaltigkeit – gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.
- Für einen Ausbau der Volksdemokratie – gegen Unterdrückung, Ausbeutung, die Allmacht der großen Konzerne und Banken, gegen Korruption.
- Für den Ausbau sozialer Grundicherungen und umfassende Arbeitsrechte der Beschäftigten – gegen eine alleinige Herrschaft der Unternehmen, gegen Austerität, Neoliberalismus und Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge.
- Für Chancengleichheit und Emanzipation aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Na-

tionalität, Hautfarbe, sexueller Orientierung auf allen Gebieten, insbesondere auch beim Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur – gegen alle Formen sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung. Gegen die wachsende Schere zwischen dem Norden und dem Süden, dem Westen und dem Osten, großen Städten und kleinen Dörfern, zwischen Reich und Arm.

- Für die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen auf allen Ebenen.

Wir glauben fest daran, dass, wenn wir uns auf diese Gemeinsamkeiten auf unserem Kontinent besinnen, wir immer mehr Menschen in Europa erreichen und unserer Pflicht nachkommen können, das dringend notwendige Gegenüber zur neoliberalen Politik und zum nationalistischen Egoismus und Rechts extremismus zu werden.

In Kürze werde ich verschiedene Persönlichkeiten zu einem Gesprächstreffen zu diesem Thema einladen.

Quelle:
www.die-linke.de
Foto:
Europäische LINKE

In eigener Sache

Der Redaktionsschluss des „Widerspruch“ ist ab der Ausgabe Juli 2018 am **15. des Vormonats**.

Redaktion „Widerspruch“

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Juni 2018



3.6. Anton Merker	Woltersdorf	75 J.
4.6. Hugo Krüger	Woltersdorf	84 J.
6.6. Barbara Kowal	Fürstenwalde	83 J.
6.6. Ewald Piede	Tauche, OT Kossenblatt	93 J.
8.6. Käthe Deim	Erkner	80 J.
8.6. Hannelore Großkopf	Erkner	88 J.
9.6. Dietrich Schwarz	Eisenhüttenstadt	83 J.
11.6. Anny Du Hamel	Erkner	83 J.
11.6. Jürgen Strauß	Erkner	70 J.
12.6. Hans-Joachim Clauß	Tauche, OT Lindenberg	80 J.
12.6. Christa Giesel	Eisenhüttenstadt	80 J.
12.6. Lore Scheidewig	Eisenhüttenstadt	82 J.
16.6. Waltraud Schwadtke	Eisenhüttenstadt	88 J.
19.6. Adelheid Sprenger	Guben	84 J.
21.6. Chris-Daniel Luda	Eisenhüttenstadt	20 J.
21.6. Rudi Schmidt	Eisenhüttenstadt	84 J.
22.6. Siegfried Leder	Fürstenwalde	89 J.
23.6. Karl-Heinz Kühne	Beeskow	82 J.
24.6. Helmut Leeder	Storkow	89 J.
25.6. Ursula Poßling	Eisenhüttenstadt	92 J.
25.6. Siegfried Wegner	Woltersdorf	89 J.
27.6. Frank Dochan	Storkow	60 J.
27.6. Brigitte Klapprodt	Storkow	85 J.
27.6. Alexander Klotzovski	Eisenhüttenstadt	30 J.
29.6. Erika Ebert	Storkow	80 J.
30.6. Loni Schneider	Schöneiche	82 J.

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde

Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr

Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Do. 10–12 Uhr

Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow

Telefon: (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt

Telefon: (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Pressefest der Brandenburger „kleinen Zeitungen“ am 16. Juni 2018 in Bernau

Zum Pressefest der kleinen Zeitungen laden die Barnimer LINKEN und die Buchhandlung „Schatzinsel“ am Samstag, den 16. Juni, rund um das Steintor in Bernau ein. Es wird ein vielseitiges Angebot aus Politik, Kultur und Sport geben.

Auf der Bühne werden von 10 bis 16.30 Uhr interessante politische Gesprächspartner durch Dagmar Enkelmann interviewt. Mit dabei: Bernaus Bürgermeister André Stahl, Kornelia Wehlan (LINKE), Landrätin in Teltow-Fläming, Anja Mayer, Landesvorsitzende der Brandenburger LINKEN, Holger Lampe, Vorsitzender des Barnimer Bauernverbandes und Dr. Anja Guttenberger für den Verein „Baudenkmal Bundesschule“, der sich lange für die Anerkennung des Bauhausdenkmals in Bernau als Weltkulturerbe eingesetzt hat. Dazu gibt es interkulturelle Musik mit Trommler Mark Kofi Asamoah und den Auftritt der Gruppe „Rumpelstolz“, die ihre Musik als „deutschsprachige Folklore“ bezeichnen, „einfach deshalb, weil der eigentlich richtige Begriff „Volksmusik“ durch eine andere Musiksparte belegt ist.

Von 11 bis 12 Uhr startet der nun schon traditionelle Spendenlauf zu Gunsten des Vereins „Eltern helfen

Eltern Bernau e.V.“ sowie für Barnimer Sportvereine; 9 Euro erhält jeder Sportverein je Starter, gemeinsam gespendet von Dagmar Enkelmann und den beiden Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Ralf Christoffers. Anmeldungen sind ab sofort über die Homepage der LINKEN möglich: www.dielinke-barnim.de. Nachmeldungen werden am Tag selbst bis 10.30 Uhr angenommen.

Von 10 bis 17 Uhr gibt es im Ausbau der Stadthalle wieder eine Ausstellung, in diesem Jahr zu „Tamara Bunke“.

Den ganzen Tag über wird es Infos über kleine Zeitungen der LINKEN und Infostände geben. Kinder können sich an Spielen wie Stelzenlauf, Springseilhüpfen und Schach ausprobieren. Die „Seifenblasenfabrik“ Berlin sorgt für Entspannung bei Alt und Jung. Natürlich gibt es Kulinarisches vom Grill, Kaffee und Kuchen.

Stilvoll abgeschlossen wird der Abend mit einer Lesung mit Landolf Scherzer, sein jüngstes Buch „Buenos dias, Kuba. Reise durch ein Land im Umbruch.“ um 19 Uhr in der Stadthalle, veranstaltet von der Buchhandlung „Schatzinsel“. Dort hat auch der Kartenvorverkauf begonnen. Der Eintritt beträgt 5 Euro, Tel.: (0 33 38) 76 19 91.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 7.7., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Juni 2018

- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 4.6., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 6.6., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 20.6., 16.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

20.6., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,

Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 15. Tag des Vormonats; Auflage: 1 800

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Brauchen wir einen neuen Marx?

Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht zum 200. Geburtstag von Karl Marx, erschienen im ZDF-Portal „heute.de“ am 5. Mai 2018

Vor 200 Jahren wurde Karl Marx geboren. Seitdem ist die Welt in vieler Hinsicht eine andere geworden. Brauchen wir einen „neuen Marx“, um aktuelle Entwicklungen zu begreifen? Nun ja, große Denker und schonungslose Analytiker haben noch keinem Zeitalter geschadet. Aber genauso wahr ist: Marx ist immer noch aktuell. Er hat die inneren Widersprüche, die Bewegungsgesetze, die Krisen des Kapitalismus nicht nur als Erster klar analysiert. Er bietet bis heute ein unersetzliches theoretisches Instrumentarium, um zu verstehen, wie unsere Wirtschaft funktioniert.

Noch immer gilt: Aus Geld mehr Geld machen

Denn trotz aller Veränderungen: Noch heute leben wir in einer Wirtschaftsordnung, die um den Selbstzweck kreist, aus Geld mehr Geld zu machen. Die nach der Logik des „immer mehr“ funktioniert. Heute werden Produkte von den Herstellern teilweise extra so konstruiert, dass sie nach relativ kurzer Zeit kaputt gehen und sich kaum reparieren lassen. Damit möglichst schnell das nächste Modell verkauft werden kann. Ökologisch ist das verheerend. Um den Zugang zu Rohstoffen werden Kriege geführt.

Milliarden werden für Rüstung verschleudert. Das große Geld kauft sich die Politik, die seinen Interessen nützt.

Noch immer befinden sich entscheidende wirtschaftliche Ressourcen – von Fabriken und Kraftwerken über Software bis hin zu digitaler Infrastruktur und Information – in der Hand einer kleinen, privilegierten Minderheit. Niemand kann sich ein Vermögen von hunderten Millionen oder Milliarden selbst erarbeiten. Dass es Privatvermögen in dieser Größenordnung überhaupt gibt, zeigt, dass einige die Macht haben, sich die Arbeit anderer anzueignen und davon reich zu werden. Oft ohne eigene Leistung, denn was den Kapitalisten vom Unternehmer unterscheidet, ist ja gerade, dass er in dem oder den Unternehmen, von dessen Erträgen er profitiert, keine produktive Rolle mehr spielt. Deshalb können auch Finanzinvestoren und Hedge Fonds heute Eigentümer von Unternehmen sein. Gerade dann dreht sich in der Regel alles nur noch um die Erhöhung der Rendite. Leidtragende sind die Beschäftigten, deren Löhne durch Tariffucht oder Leiharbeit gedrückt werden oder deren Leistungsstress erhöht wird.

Mehr Dividende seit Agenda 2010

Auch diesen Interessengegensatz gibt es seit Marx: Je schlechter die bezahlt werden, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, desto üppiger fließen Gewinne. In Deutschland, wo die Agenda 2010 einen großen Niedriglohnsektor geschaffen hat und viele von ihrer Arbeit nicht mehr gut leben können, werden seither mehr Dividenden ausgeschüttet als je zuvor.

Marx' Theorie erklärt, warum Wirtschaftskrisen im Kapitalismus immer wieder auftreten. Manche seiner Analysen – etwa zur Globalisierung, zu Konzentrationsprozessen oder zum „fiktiven Kapital“, das der scheinbaren Verselbständigung der Finanzsphäre zugrunde liegt – sind heute sogar aktueller als vor 200 Jahren. Marx liefert auch Hinweise, warum so viele den Kapitalismus als alternativlos begreifen. „Geld regiert die Welt“ ist ein geläufiges Sprichwort. Aber Kapital ist mehr als nur Geld. Es ist ein Verhältnis zwischen Menschen. Ein Herrschaftsverhältnis, das uns als scheinbarer „Sachzwang“ gegenüber tritt. Doch Herrschaftsverhältnisse sind keine Naturgewalt, sie werden von Menschen geschaffen und sind durch Menschen änderbar.



Trier, im Mai 2018
Foto: Strauß

Zucker-Kasten



„Unser neuer Außenminister!“

Lösung bleibt die Herausforderung

Finden wir bei Marx fertige Lösungen für unsere Probleme? Leider nein. Marx war ein Analytiker, kein Prophet. Er hat uns nur wenige Anregungen für eine Alternative zum Kapitalismus hinterlassen. Sie kreisen um eine veränderte Gestaltung des Wirtschaftseigentums. In Zukunft soll, so Marx, privates Eigentum den individuellen Lebensbereich schützen, aber nicht mehr gesellschaftliche Machtstellungen. Neue Formen des Wirtschaftseigentums sollten zu Anstrengung, Kreativität und Leistung motivieren, aber nicht länger individuelle Bereicherung auf Kosten anderer ermöglichen. Ideen zu entwickeln, wie ein vernünftiges Wirtschaftseigentum, das diese Kriterien erfüllt, aussehen kann, überlässt er uns. Wir sollten seine Herausforderung annehmen.

Quelle:
www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2751.brauchen-wir-einen-neuen-marx.html

Fest der Linken

...mit Vergnügen links!

FOOD & DRINKS
PUBLIC VIEWING
KLETTERTUM
KINDERFEST
LITERATUR
TALKS

JILET AYŞE
STEFANIE SARGNAGEL
SCHNIPO SCHRANKE
MARCO TSCHIRPKE
KIEZBINGO
FIRAS ALSHATER
SULI PUSCHBAN & DIE KAPELLE DER GUTEN HOFFNUNG
SARA HEBE

Aleida Guevara (Tochter von Che Guevara) & Dietmar Bartsch • Andrej Hermlin and his Swing Dance Orchestra • Calum Baird • Björn Harras • Petra Pau • Caren Lay • Katja Kipping & Bernd Riexinger • Gregor Gysi auf dem roten Sofa mit Kevin Kühnert • uvm.

23. JUNI 2018 | **ROSA-LUXEMBURG-PLATZ**
BERLIN-MITTE • VON 11.00 BIS 22.00 UHR
WWW.FEST-DER-LINKEN.DE

DIE LINKE. **DIE LINKE.** Europäische LINKE **nd** **GUE/NGL** **MEDIA SERVICE** **Cuba si**